

## **Statement**

# **Gudrun Münnich**

Präsidentin  
des Hotel- und Gaststättenverbandes Thüringen e.V.  
(DEHOGA Thüringen)

**anlässlich der**

## **Jahrespressekonferenz des DEHOGA Thüringen**

Montag, 11. Juni 2012, 10.00 Uhr, Erfurt  
Kaffee-Bar des METRO Cash&Carry Großmarktes

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

DEHOGA Thüringen e.V.  
Witterdaer Weg 3, 99092 Erfurt  
Fon 0361/59078-0, Fax 0361/59078-10  
info@dehoga-thueringen.de,  
www.dehoga-thueringen.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz herzlich begrüße ich Sie heute zur Jahrespressekonferenz des DEHOGA Thüringen hier im METRO-Markt Erfurt.

Wie geht es Hotellerie und Gastronomie im Frühjahr 2012? Wie ist das zurückliegende Winterhalbjahr gelaufen? Und mit welchen Erwartungen sind die gastgewerblichen Unternehmer in die Sommersaison gestartet?

Antworten darauf liefert unsere aktuelle Konjunkturmfrage des DEHOGA Thüringen, die Ihnen Dirk Ellinger, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Thüringen, im Anschluss zu meinen Ausführungen im Detail vorstellen wird. Befragt wurden Hoteliers und Gastronomen zur zurückliegenden Wintersaison und zu den Geschäftserwartungen auf den Sommer 2012.

Die Konjunkturmfrage wurde in ganz Deutschland, so auch in Thüringen erhoben. Insofern lässt sich die Auswertung und Einschätzung des Thüringer Gastgewerbes mit dem Deutschlandtrend gut vergleichen.

### **Es geht aufwärts!**

Unternehmen im Hotel- und Gaststättengewerbe sind maßgeblich von der Konsumstimmung im Land abhängig. Geht es unseren Gästen gut, dann geht es auch unserer Branche gut.

Die Konjunktur hat sich erholt und der Tourismus sich belebt. Davon profitierte auch die Hotellerie in Thüringen. So bezeichnen 39 Prozent

der Thüringer Hoteliere ihre Geschäftslage im Winterhalbjahr als gut und 42 Prozent der Unternehmer als befriedigend. Lediglich 19 Prozent der Beherbergungsbetriebe berichten noch von schlechten Geschäften.

Dementsprechend positiv stellt sich auch die Umsatzentwicklung dar. 70 Prozent der Unternehmen konnten ihren Umsatz stabilisieren bzw. erhöhen.

Damit liegt Thüringen nach den Ergebnissen der Konjunkturmfrage ganz im Deutschlandtrend. Deutschlandweit teilten 32,7 Prozent der Hoteliere Umsatzsteigerungen und 35,3 Prozent gleichgebliebene Umsatzzahlen mit.

Entgegen den Aussagen der Unternehmer meldete das Thüringer Landesamt für Statistik eine weitere rückläufige Entwicklung für das Thüringer Beherbergungsgewerbe mit Umsatzeinbußen von real -6,0 Prozent im Jahr 2011.

Angespannt stellt sich weiterhin die Ertragslage dar. Ertragseinbußen hatten 45,1 Prozent der Beherbergungsbetriebe im Zeitraum von Oktober 2011 bis März 2012 zu verzeichnen. Dies ist unter anderem auf den geringen Spielraum bei der Preisgestaltung und den weiter steigenden Betriebskosten zurückzuführen.

Auch die Gastronomie konnte vom Wirtschaftsaufschwung profitieren, wenn auch noch nicht so stark wie die Hotellerie.

Die zurückliegende Wintersaison beurteilen die Thüringer Gastronomen mit 45,6 Prozent überwiegend zufriedenstellend. 28,1 Prozent der befragten Unternehmer berichten von guten Geschäften.

Gute bzw. stabile Umsatzerlöse vermelden 62,5 Prozent der Gastronomen. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren dies nur 54 Prozent. Immer noch 43,7 Prozent der Befragten beklagen Ertragseinbußen. Hier lag der Anteil im letzten Jahr jedoch noch bei 54 Prozent und im Jahr 2010 sogar bei 61,7 Prozent.

Unverändert liegen die Hauptursachen hierfür bei den stetig steigenden Betriebskosten insbesondere der Energiekosten und den Abgaben.

Gleicherweise konnten auch deutschlandweit gut zwei Drittel der Unternehmer (64 Prozent) ihre Umsätze stabil halten oder sogar ausbauen.

Das heißt, endlich ist auch ein Aufschwung in der Gastronomie spürbar, jedoch noch lange nicht ausreichend.

Ebenso wie die Hoteliers haben auch die befragten Gastronomen ein optimistischeres Bild von ihrer wirtschaftlichen Situation, als es die statistische Darstellung aufzeigt.

Entgegen dem positivem Entwicklungstrend der Gastronomie im Bundesgebiet (Umsatzplus von real 2,4 Prozent) meldet das Thüringer Landesamt für Statistik auch für die Thüringer Unternehmen im Gastgewerbe erneut einen Umsatzrückgang im Jahr 2011 von real -4,6 Prozent zum Vorjahr.

Wiederum sind die höchsten Umsatzverluste in der getränkegeprägten Gastronomie mit real -9,7 Prozent festzustellen (Vorjahr real -11,8 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten ging in dieser Sparte ebenfalls deutlich um 5,9 Prozent zurück.

Nach wie vor hat gerade die getränkegeprägte Gastronomie mit den Auswirkungen des Nichtraucherschutzgesetzes zu kämpfen und kann die Umsatzausfälle durch das veränderte Konsumverhalten der Gäste bei weitem nicht kompensieren.

Trotz der immer noch angespannten Situation ist bei drei Viertel der Gastronomieunternehmen im Freistaat (73,75 Prozent) die Mitarbeiteranzahl zum Vorjahr gleich geblieben (Vorjahr 77 Prozent) und auch die Preise für Speisen und Getränke wurden in 77,5 Prozent der Betriebe nicht erhöht (Vorjahr 81 Prozent).

### **Wie sehen die Thüringer Gastronomen die kommende Saison?**

Für die kommende Sommersaison sehen die Thüringer Gastronomen keine gravierende Wende. Fast die Hälfte der Unternehmer (46,88 Prozent) rechnen mit gleichbleibenden und 28,7 Prozent mit steigenden Umsätzen (Vorjahr 33 Prozent). Mit einer negativen Umsatzentwicklung kalkulieren 24,4 Prozent der Befragten (Vorjahr 27 Prozent) und 32,5 Prozent gehen, wie auch im Vorjahr (33 Prozent), von sinkenden Erträgen aus.

Meine Damen und Herren,

die Gastronomen blicken mit gedämpftem Optimismus auf die kommenden Monate.

Wir hoffen, dass der Sommer der Gastronomie gewogen ist und zahlreiche Gäste die Biergärten aufsuchen und Umsätze verbucht werden können.

Aber auch die Politik ist gefordert. Seit Jahren fordern wir die steuerliche Gleichbehandlung gegenüber Bäckern, Fleischern und dem Lebensmitteleinzelhandel.

Es kann nicht sein, dass das Essen im Gehen mit sieben Prozent Mehrwertsteuer belegt wird, während für das Essen im Restaurant oder Bistro 19 Prozent fällig werden.

Es kann nicht sein, dass bei der Tütensuppe beim Discounter sieben Prozent anfallen, während für die frische Spargelcremesuppe in einem Restaurant satte 19 Prozent angesetzt werden.

Und es kann nicht sein, dass für Hundefutter sieben Prozent gelten, während der Fiskus beim Essen für unsere Kinder voll zuschlägt und bei der Schulverpflegung 19 Prozent Mehrwertsteuer verlangt. Auch in Krankenhäusern, Altenheimen und Kitas gilt übrigens der volle Mehrwertsteuersatz.

Ich frage mich: Was sagt das über unsere Gesellschaft?

Mit der überfälligen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie wäre die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze möglich. Denn im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel benötigt die Gastronomie sechs Mal mehr Beschäftigte für den gleichen Umsatz.

Dies haben nicht nur Studien in Deutschland bestätigt, sondern auch die aktuelle Entwicklung in Frankreich. Von einer reduzierten Mehrwertsteuer würden daher nicht nur die Unternehmer, die Mitarbeiter und die Gäste profitieren, die gesamte deutsche Volkswirtschaft könnte positive Effekte verbuchen.

Der Blick auf unsere Nachbarländer zeigt: Überall dort, wo gastronomische Leistungen einen höheren Stellenwert besitzen als hierzulande, dort, wo reduzierte Mehrwertsteuersätze eingeführt wurden, gab es erfreuliche Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

So wurden in Frankreich innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Mehrwertsteuersenkung 29.500 neue Stellen in der Gastronomie geschaffen. Darüber hinaus ging die Zahl der Insolvenzen in der Branche um 17 Prozent zurück. Dadurch konnten weitere 30.000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Meine Damen und Herren, ich betone noch einmal:

Wir fordern keine Privilegierung, sondern Chancengleichheit und eine gerechte Mehrwertsteuer für eine unglaublich arbeitsintensive Dienstleistungsbranche mit großem Jobpotenzial.

Das deutsche Mehrwertsteuersystem gehört auf den Prüfstand, damit Widersprüche und Benachteiligungen einzelner Branchen endlich beseitigt werden.

Meine Damen und Herren,

es ist erfreulich, dass das neue Verbraucherinformationsgesetz, das am 1. September in Kraft treten soll, keine Rechtsgrundlage für die Veröffentlichung von Lebensmittelkontrollergebnissen in Form von widersinnigen Hygieneampeln darstellt.

Zweifellos hat Hygiene in unserer Branche oberste Priorität. Unsere Gäste haben einen Anspruch auf die Einhaltung der zu Recht strengen lebensmittelrechtlichen Bestimmungen in Deutschland.

Jedoch ist jede Kontrolle immer nur eine Momentaufnahme. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist nicht gewahrt, wenn ein Restaurant mit einer Negativbewertung Monate, wenn nicht sogar Jahre auf seine Rehabilitierung warten muss und dadurch Gäste und Umsatz verliert. Denn schon heute reicht die Zahl der Kontrolleure nicht aus, um alle Betriebe in angemessenen Zeiträumen zu prüfen. Für den Gastronomen ist es also ein Glückspiel, wann er überprüft wird.

Das hält kein Unternehmer lange durch. Auch den Gästen helfen Ampeln dann nicht weiter.

Aus gutem Grund haben sich die Wirtschaftsminister der Länder im Gegensatz zu den Verbraucherministern gegen die Veröffentlichung der Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen ausgesprochen. Eine Arbeitsgruppe soll nun Kompromissvorschläge entwickeln.



Ich kann Ihnen heute versichern, der DEHOGA wird sich weiter mit überzeugenden Argumenten in die Diskussion einbringen.

Große Sorge um die Zukunft zahlreicher gastronomischer Betriebe bereitet uns auch die Vorgehensweise der GEMA, die derzeit ihre Monopolstellung für eine radikale Tarifreform missbraucht.

Die neuen Tarife für Musikveranstaltungen, die bereits am 1. Januar 2013 in Kraft treten sollen, gefährden nicht nur die Existenz von Tausenden von Clubs, Diskotheken und Musikkneipen, sondern auch hunderttausende von Stadt- und Vereinsfesten in ganz Deutschland wie Schützenfeste und Karnevalssitzungen. Viele dieser Veranstaltungen werden nach der geplanten Gebührenerhöhung nicht mehr finanzierbar sein.

So werden Musikkneipen mit Erhöhungen von über 2.000 Prozent belastet. Auf Clubs und Diskotheken kommen Erhöhungen von 400 bis 600 Prozent pro Jahr und mehr zu.

Ich sage Ihnen, gegen diese maßlosen Gebührenerhöhungen kämpfen wir mit aller Macht an! Im Anschluss zu meinen Ausführungen wird Ihnen Herr Ellinger diese Thematik noch einmal verdeutlichen.

### **Wie sieht nun der Blick in die Zukunft in der Hotellerie aus?**

Positiv sehen die Unternehmer in der Thüringer Hotellerie dem Sommerhalbjahr 2012 entgegen. Mit 56 Prozent nehmen mehr als die

Hälfte der befragten Hoteliers an, dass die Geschäfte gleich bleiben und 35 Prozent hoffen überdies auf eine Belebung des Geschäfts.

32,3 Prozent der Unternehmen rechnen mit steigenden Umsatzerlösen und 53,3 Prozent erwarten stabile Umsätze. Die Erträge werden nahezu gleich zum Vorjahr gesehen. 27,8 Prozent schätzen die Ertragslage in der kommenden Saison eher rückläufig ein. Dem gegenüber stehen 17 Prozent der Unternehmen die einer positiveren Ertragslage entgegen sehen und 54,9 Prozent gehen von gleich bleibenden Erträgen aus.

Nach wie vor wollen die Unternehmen die Steuerersparnis nutzen und weiterhin kräftig investieren. 50,4 Prozent der befragten Unternehmer wollen die Höhe des Investitionsvolumens beibehalten und höhere Investitionen planen 26,3 Prozent der Hoteliers.

Für die Hotellerie in Deutschland war die Mehrwertsteuersenkung längst überfällig – und sie hat die sich daraus ergebenden Spielräume genutzt: Die Hotels haben kräftig in ihre Betriebe investiert und das Preis- Leistungs-Verhältnis verbessert.

Meine Damen und Herren,

Es kann jedoch nicht angehen, dass der Bund und die Länder die Hoteliers aus guten Gründen entlasten, die Unternehmer Wort halten und investieren und die Kommunen im gleichen Atemzug die Hotels und unsere Gäste mit neuen Abgaben, wie der sogenannten Bettensteuer, belasten.

Anstatt die Hotellerie zu stärken, die vor Ort Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft und dort ihre Steuern zahlt, schaden Bettensteuern dem lokalen Tourismus, weil Veranstaltungen und Übernachtungen in Nachbarstädte verlagert werden, die keine derartigen Abgaben erheben. Bettensteuern sind zudem verfassungswidrig, wie vier voneinander unabhängige Rechtsgutachten renommierter Kanzleien darstellen.

Dass die Haushaltssituation der Kommunen angespannt ist, verkennen wir keineswegs, jedoch kann eine solche Abgabe nicht geeignet sein den Tourismus zu fördern oder aber die Haushalte tatsächlich zu sanieren.

Nach wie vor lehnen wir diese Steuer ab und setzen uns sowohl politisch als auch juristisch gegen jede einzelne Satzung zur Wehr. An mehreren deutschen Gerichten sind derzeit Klagen anhängig.

Erste Entscheidungen sind gefällt. Rechtskraft hat noch keines dieser Urteile erlangt. Die mündliche Verhandlung einer vom DEHOGA Bundesverband unterstützten Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ist für den 11. Juli 2011 angesetzt.

Meine Damen und Herren,

die Ergebnisse unserer diesjährigen Konjunkturumfrage zeigen, wir sind auf dem richtigen Weg und wollen diesen weiter erfolgreich fortsetzen.

Dafür benötigen wir politische Unterstützung, damit sich die Branche weiter entfalten kann. Wir erwarten Fairness und Gleichbehandlung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.